

INHALT: (Zur geistigen Lage der Gegenwart) **Kommunistische Weltgefahr?** Das Vordringen des Kommunismus — Stand in Europa — Beurteilung des kommunistischen Vordringens
Die heutige Lage des englischen Katholizismus: Die religiöse Situation — Katholiken, Konfessionen und Staat — Das Jugendproblem — Die «Schwert-des-Geistes»-Bewegung — Weltanschauung und religiöse Fortbildung.
Ex urbe et orbe: Nürnberg - Wende zu einem neuen Recht? — Recht und Macht im Nürnbergerurteil — Saat eines neuen Krieges?
Umschau: Zum Fall Stepinac: Die Welt verteidigt Stepinac — Nicht-katholische Pressestimmen — Dokumente aus dem Jahre 1943 — Kreuzzug für Deutschland — Ein mutiges Bischofswort.

Zur geistigen Lage der Gegenwart

Kommunistische Weltgefahr?

Wir haben im letzten Artikel unserer Betrachtung festgestellt, dass die Sowjetunion die Weltrevolution begrüsst, sofern sie den eigenen Interessen der Union dient und dass bei den führenden Männern der Sowjetunion die Meinung vorherrscht, die Weltrevolution sei dem Sowjetland zum Vorteil. Trotzdem bleibt die Revolution nach kommunistischer Auffassung aber Sache jedes einzelnen Landes. Ihre Durchführung hängt wesentlich von zwei Bedingungen ab: von einer für die Revolution reifen Situation und vom Bestehen einer starken Kaderpartei, welche den Umsturz bewerkstelligt. Als die berufene Partei der Revolution betrachten sich die Kommunisten der verschiedenen Länder, sie ist die «Avantgarde des Proletariats», «Vorhut des Proletariats» oder die Partei der Arbeiter schlechthin.

Die kommunistische Gefahr hängt somit einerseits ab von der umsturzreifen Lage eines Landes und den einzelnen Faktoren, welche diese ausmachen, andererseits von der Kraft und Fähigkeit der kommunistischen Umsturzparteien. Ueber den Grad einer näheren oder ferneren kommunistischen Bedrohung ist sehr schwer etwas zu sagen, vor allem, weil die heutige Situation eine ganze Reihe von Unbekannten enthält. Aber die kommunistischen Parteien sind da; über ihre Stärke und ihre Haltung können wir uns informieren. Ebenso können wir unsern Standpunkt der kommunistischen Bewegung gegenüber einigermassen festlegen.

I. Das Vordringen des Kommunismus.

Wir beschränken uns in der nachfolgenden Betrachtung auf die europäischen Länder. Ueber die Entwicklung des Kommunismus im Osten, bei den farbigen Völkern, und in Nord- und Südamerika lässt sich nämlich auf Grund von Berichten wenig Genaues sagen. Im Osten und bei den farbigen Völkern stehen die nationalistischen Unabhängigkeitsbewegungen im Vordergrund, die allerdings von den russischen Propagandisten sehr beachtet und gefördert werden. In den Vereinigten Staaten hat sich die sehr kleine kommunistische Partei selber aufgeöst. Ihre Funktionäre arbeiten heute z. T. in den Gewerkschaften, z. T. in freier Propaganda für die Her-

stellung besserer Beziehungen zwischen der amerikanischen Oeffentlichkeit und der Sowjetunion. Wie weit damit kommunistische Ideen überwunden sind oder ob hauptsächlich taktische und personelle Faktoren ausschlaggebend sind, bleibt unklar.

Stand in Europa.

In 20 von den 26 Ländern Europas haben seit dem Sieg der Alliierten Wahlen stattgefunden, welche ein Bild über den äusseren Stand des Kommunismus ermöglichen. Wir können dabei 4 Gruppen von Ländern unterscheiden:

1. Länder mit kommunistischer oder prokommunistischer Einheitsliste; 2. Länder mit mehreren Wahllisten; 3. Länder, in denen die Kommunisten entweder nicht abgestimmt haben oder zu den Wahlen nicht zugelassen wurden; 4. Länder, in denen seit Kriegsende noch keine Wahlen stattgefunden haben.

Die erste Gruppe umfasst ausser der Sowjetunion (von der wir bereits im letzten Artikel gesprochen) Albanien, Jugoslawien und Bulgarien. In Albanien erhielt die einzige Partei der «Demokratischen Front» 93,18 % der Stimmen, in Jugoslawien die «Nationale Front» 90,48 % und in Bulgarien die Einheitsliste der «Patriotischen Front» 88,21 %.

In der zweiten Gruppe (Länder mit mehreren Listen), die 13 Länder umfasst, steht der kommunistischen Wahlbeteiligung nach die Tschechoslowakei mit 39,39 % an der Spitze. Hier haben die Kommunisten sehr stark zugenommen. Marxisten und Antimarxisten halten sich im Parlament beinahe die Waage. In Frankreich erzielten die kommunistischen Listen 25,97 % der Stimmen. In Finnland erreichte die einst verbotene Kommunistische Partei 23,47 % der Stimmen und ist dort heute fast so stark wie die sozialdemokratische Partei. In Italien halten sich Sozialisten und Kommunisten ungefähr die Waage. Der Prozentsatz der kommunistischen Wahlstimmen beträgt 18,92 %. In Ungarn erzielten die Sozialisten 71, die Kommunisten 67 von 409 Sitzen im Parlament. Die Stimmenstärke der Kommunisten betrug 17,07 %. Bei den Wahlen in Norwegen erreichten die Kommuni-

sten 15,42 % der Stimmen. In Bulgarien brachten es die Kommunisten im Vergleich zu den Wahlen von 1939 von 9 auf 23 Sitze in der Kammer. Auf die kommunistische Wahlliste entfielen 12,68 % der Stimmen. In Dänemark verfügten die Kommunisten 1938 über 3, seit den neuesten Wahlen über 18 Mandate; 12,45 % der Wähler stimmten kommunistisch. In den Niederlanden verdreifachten im Vergleich zu 1937 die Kommunisten ihre Stimmenzahl; kommunistisch wählten 10,56 % der Wähler. Auch Schweden verzeichnet eine starke Zunahme der Kommunisten; sie erhöhten ihre Mandate von 3 auf 15 und erreichten 10,31 % der Stimmen. In Luxemburg besaßen die Kommunisten vor dem Krieg kein Mandat; jetzt besitzen sie Mandate und 8,9% der Stimmen. In Oesterreich ist die Zahl der Kommunisten unbedeutend. Sie verfügen nur über 5,41 % der Stimmen. Am geringsten ist der Prozentsatz der kommunistischen Wahlstimmen in Grossbritannien mit 0,4 %.

Zur dritten Gruppe (Länder, in denen die Kommunisten nicht abstimmten) gehören Griechenland, die Türkei und Portugal. In Griechenland weigerten sich nicht bloss die Kommunistische Partei, sondern die Linksparteien überhaupt, an den Wahlen teilzunehmen. Die Kontrollkommission der westlichen Alliierten schätzte, dass die Linksparteien bei Wahlbeteiligung etwa 25 % der Sitze erhalten hätten. Bei den Wahlen in der Türkei vom 21. Juli d. J. wurden die Kommunisten und Sozialisten nicht zugelassen, weil ihre Parteien Beziehungen zum Ausland unterhalten, von dort Instruktionen beziehen und für den Klassenkampf eintreten. Bei den Wahlen in Portugal vom 18. November 1945 waren die Oppositionsparteien grundsätzlich zur Wahlbeteiligung ermächtigt, sie beschlossen aber, sich am Wahlgang nicht zu beteiligen. Wie gross die Zahl der Kommunisten unter den Anhängern der Oppositionsparteien ist, lässt sich nicht feststellen.

Zur vierten Gruppe (keine Wahlen) gehören Polen, Deutschland, Rumänien, Spanien, Irland und die Schweiz. In Deutschland haben bis jetzt nur in der amerikanischen und in der französischen Zone Wahlen stattgefunden, die einen starken Sieg der Christlich-demokratischen Partei und einen beträchtlichen Erfolg der Sozialdemokraten brachten. In Rumänien wurden trotz wiederholten Demarchen der englischen und amerikanischen Regierung bisher keine Wahlen durchgeführt, in Spanien hat seit Beginn des Bürgerkrieges 1935 keine Wahl mehr stattgefunden. In Irland fanden die letzten Wahlen vor dem Krieg statt. In der Schweiz waren die Kommunisten bei den letzten Nationalratswahlen 1943 als Partei nicht zugelassen; die Mitgliederzahl der kommunistischen Partei der Arbeit betrug im September, d. h. vor der Krise des «Vorwärts», etwa 20,000.

Beurteilung des kommunistischen Vordringens.

In Albanien, Bulgarien und Jugoslawien haben die Wahlen nicht den freien Willen des Volkes zum Ausdruck gebracht, weshalb England und die Vereinigten Staaten sich z. B. betreffs Bulgarien weigerten, die Wahlen als gültig anzuerkennen. In Jugoslawien ist das Regime kommunistisch, obwohl die eigentliche kommunistische Partei in der «Nationalen Front» nur eine schwache Minderheit darstellt. Die Wahlen in diesen Ländern zeigen deshalb wohl den stärksten Einfluss der Sowjetunion und die Macht einer kommunistischen Diktatur, sie sagen aber nichts über die kommunistische Haltung der Bevölkerung.

Was die Wahlen in den andern Ländern angeht, in denen mehrere Listen den Wählern zur Verfügung standen, so ist der kommunistische Wahlerfolg dort vor allem einmal dem Umstand zuzuschreiben, dass die Sowjet-

union zu den Siegerstaaten gehört. In der Tschechoslowakei z. B. wirkte bis zu den Wahlen vom Mai d. J. noch der Eindruck, den die Bevölkerung darüber empfand, dass die Rote Armee durch ihr rasches Vordringen die Hauptstadt Prag von der Zerstörung durch die Nationalsozialisten bewahrt hat. Als der Krieg der Nationalsozialisten gegen die Sowjetunion begann, waren selbst die besten Freunde Russlands stark im Zweifel darüber, ob es der Roten Armee gelingen würde, den bisher unaufhaltbaren Angreifern erfolgreichen Widerstand zu leisten. Dass die Sowjetunion schliesslich doch eines zähen Durchhaltens fähig war und die deutschen Armeen zurückzuwerfen vermochte, liess in vielen Augen den sozialistisch regierten Staat als etwas Grosses und Erfolgreiches erscheinen.

Der zweite Grund für das Vordringen der Kommunisten in europäischen Ländern ist die Teilnahme der Kommunisten am Kampf der sog. Widerstandsbewegungen. Neben Katholiken, Protestanten und Sozialisten haben vielfach Hand in Hand mit ihnen auch Kommunisten den unterirdischen Widerstand energisch geführt. Im Kampf gegen diesen unterirdischen Widerstand haben die Nationalsozialisten und ihre geheime Staatspolizei jeden Gegner als Kommunisten und Bolschewiken hingestellt. Kommunist war so schliesslich nicht mehr die Bezeichnung für den Mann des Umsturzes, sondern für den heissen und starken Widerstand gegen Nationalsozialisten und Faschisten. Die Kommunisten haben sich Märtyrerpalmen errungen und damit die Sympathien weiter Kreise erworben.

Als weitere Ursache für das kommunistische Vordringen ist das demoralisierende Nachkriegselend zu betrachten. Wenn ein qualifizierter Arbeiter in Italien monatlich 6000—7000 Lire verdient und die gleiche Summe hinlegen muss, um ein Paar neue Schuhe zu kaufen, dann ist es leicht verständlich, wenn er sich einer Partei verschreibt, die am raschesten bessere Verhältnisse und Lebensbedingungen herbeizuführen verspricht.

Trotzdem wurde von verschiedenen Beurteilern der europäischen Situation die Meinung ausgesprochen, der Aufstieg des Kommunismus sei nicht so stark, wie man es nach dem Siegesanteil der Sowjetunion und angesichts der schweren wirtschaftlichen Lage der Nachkriegszeit vielleicht hätte erwarten können. Von diesen Beobachtern wird vor allem auf Oesterreich und Deutschland hingewiesen, wo in den Wahlen (bzw. Teilwahlen) die Kommunisten am schlechtesten abschnitten. Dazu sind aber doch noch einige Feststellungen zu machen. Was nämlich diese beiden Länder betrifft, so darf man nicht so sehr die Wahlergebnisse betrachten, als vielmehr die Stärke der Partei mitgliedschaft. Diese ist nun sowohl in Oesterreich wie in Deutschland verglichen mit der Mitgliederstärke der andern Parteien am meisten im Wachsen. Vor 1938 zählte z. B. die KPÖe 24,246 Mitglieder. Von 1938—1945 traten 13,820 neue Mitglieder der Partei bei. Bis zu den Wahlen Ende November 1945 war die Zahl auf 107,000 angestiegen. Am 1. März 1946 zählte die Partei bereits 132,000 Mitglieder. Eine ähnliche Feststellung ist bezüglich Deutschlands zu machen. In Hessen haben z. B. die Kommunisten nach den letzten Wahlen noch nicht einen Drittel ihrer Wahlstimmen vom Jahre 1933 zurückgewonnen. Die Zahl der aktiven Parteimitglieder ist indessen schon grösser als im Jahre 1933. Sie belief sich im April 1946 auf 18,000 und hat sich seit Januar 1946, also in einem Zeitraum von 3 Monaten, um 80 % erhöht. Das Durchschnittsalter der Mitglieder der Hessischen Kommunisten liegt zwischen 25 und 35 Jahren. Im Juniheft der «Roten Revue», welcher wir diese Angaben entnehmen, werden noch weitere ähnliche Mitteilungen auch aus anderen Teilen der amerikanisch

besetzten Zone gemacht. Werner Rings legt in diesem Heft die Ergebnisse einer Studienreise in Deutschland nieder und schreibt dazu: «Während also die Wahlergebnisse einen Niedergang der KPD vorspiegeln, wachsen die aktivistischen Kader der KPD über das Niveau von 1933 hinaus. Und je mehr diese Kader anwachsen und sich entwickeln, desto stärker wird ihr tatsächlicher Einfluss auf die richtungslos hin und her flutenden Massen der ‚Mitte‘ (Sozialdemokraten und Christliche Demokraten). Denn allein die Bewältigung der praktischen

Tagesfragen verlangt nach jungen, beweglichen, aktiven, opferbereiten und zugleich unroutinierten Menschen. Die SPD vermag diese Anforderungen nicht zu erfüllen, die KPD hat diese Menschen.»

Um die in unserem Titel gestellte Frage: «Kommunistische Weltgefahr?» voll beantworten zu können, bedarf es noch einer eingehenden Betrachtung über die kommunistische Taktik und deren Methoden und Ziele. Wir werden darüber in einem Artikel der nächsten Nummer handeln.

Die heutige Lage des englischen Katholizismus

Es war eine Folge der Reformation und der nachfolgenden Verfolgungen (deren Ausdehnung und Dauer vom Durchschnittsengländer wohl kaum festgestellt wird), dass die Zahl der englischen Katholiken zusammenschmolz auf eine Handvoll Leute. Die zahlreichen Bekehrungen des gegenwärtigen und verflorbenen Jahrhunderts vermochten nicht einmal zusammen mit den irischen Einwanderern die Zahl der Katholiken auf über 2½ oder höchstens 3 Millionen zu erhöhen. Verglichen mit den 45 Millionen Einwohnern stellen somit die Katholiken nur einen kleinen Teil der englischen Bevölkerung dar. Wenn auch die Zahl der Konversionen jährlich auf etwa 12,000 geschätzt werden kann (sie erreicht zwar nicht immer diese Höhe), so muss man doch auch bedenken, dass eine grosse Zahl von Jugendlichen nach ihrer Schulentlassung die Religion aufgibt und dem Indifferentismus verfällt, während eine gewisse Zahl dem Glauben durch Mischehen verloren geht.

Die religiöse Situation.

Es wäre falsch, anzunehmen, die englische Bevölkerung zerfalle lediglich in zwei religiöse Gruppen, in eine kleine Zahl von Katholiken einerseits und in eine grosse Masse gläubiger und praktizierender Protestanten andererseits.¹⁾ Die Wahrheit ist vielmehr die, dass die grössere Mehrheit der Bevölkerung gar keinen bestimmten religiösen Glauben mehr besitzt. Wohl würden viele auf die Frage, welcher religiösen Körperschaft sie angehören, sich zur «Established Church in England» bekennen. (In Schottland ist dies die presbyterianische Kirche.) In Wirklichkeit beträgt jedoch die Zahl derer, die die Kommunion zu den von ihrer Kirche festgesetzten Gelegenheiten empfangen, nur ungefähr 2 Millionen.

Der Grossteil der Bevölkerung betritt das ganze Jahr hindurch keine Kirche. Aktive Feindschaft gegen die Religion ist zwar sehr selten. Dafür stellt die religiöse Gleichgültigkeit ein weitverbreitetes Uebel dar. Daraus folgt, dass die Katholiken im Vergleich zur Gesamtbevölkerung von England zwar eine schwache Gruppe darstellen, im Verhältnis zur Zahl praktizierender Mitglieder andersgläubiger Gruppen jedoch verhältnismässig stark sind und grösseren Einfluss besitzen, als man auf Grund ihrer kleinen Zahl annehmen möchte.

Alle Gesetze, die früher den Katholiken die Teil-

nahme am öffentlichen Leben verunmöglicht oder erschwert haben, sind vollständig dahingefallen. Jeder Katholik kann bis zu den höchsten Staatsstellen gelangen, Premierminister, Chef des Generalstabes oder erster Lord der Admiralität werden. Allerdings müsste der König, wollte er zur katholischen Kirche übertreten, nach dem Gesetz auf die Krone verzichten.

Katholiken, Konfessionen und Staat.

Es gibt natürlich auf protestantischer Seite einige wenige, die der Kirche in feindlicher Gesinnung gegenüberstehen. Im allgemeinen ist jedoch Unkenntnis des Katholizismus grösser als eigentliche Feindschaft. Es ist den Katholiken möglich, auf den Universitäten Lehrstühle zu besitzen. Sie dürfen im Radio sprechen, sitzen im Parlament und auf den Richterstühlen, ohne von einer Seite irgendwelche Opposition zu erfahren. Jede Art von Religion kann sich in England frei betätigen. Die Katholiken besitzen ihre eigenen Schulen, ihre Presse und ihre Jugendorganisationen. Schwierigkeiten, die von Zeit zu Zeit hinsichtlich der katholischen Schulen entstehen, gründen nicht so sehr in einer feindseligen Haltung der Protestanten, als vielmehr in der Tendenz, die Schule staatlicher Kontrolle und Führung unterzuordnen. Es ist wohl möglich, dass hinsichtlich der Jugendorganisationen ähnliche Schwierigkeiten noch entstehen werden. Solange jedoch das demokratische System besteht, kann wohl damit gerechnet werden, dass in der Praxis immer eine Lösung gefunden werden kann, die einen Ausgleich schafft zwischen den Forderungen des Staates und jenen der Kirche. Es müsste aber mit einer ernststen Spannung zwischen der katholischen Kirche und dem Staate gerechnet werden, vor allem hinsichtlich der Erziehungsfragen, wenn das gegenwärtige demokratische System je dem doktrinären Sozialismus des extremen linken Flügels zum Opfer fallen sollte.

Die Freiheit und auch die Toleranz, deren sich die englische Kirche erfreut, bedeutet für sie natürlich eine grosse Hilfe und ermöglicht es den Gläubigen, sowohl zuverlässige Glieder ihrer Kirche als auch nützliche vaterländisch eingestellte Bürger zu sein. In England empfindet der Katholik die Schwierigkeiten nicht, die sich aus seiner doppelten Zugehörigkeit zu Kirche und Staat ergeben können und die den Katholiken anderer Länder zur schwersten Prüfung geworden sind.

Die Lage lässt sich aber auch noch von einem anderen Gesichtspunkte aus betrachten: Die allgemeine Toleranz, die im englischen Leben geübt wird, rührt nicht nur von der Erkenntnis her, dass der Katholik

¹⁾ Unter dem Namen Protestanten fassen wir hier die Mitglieder der anglikanischen Kirche und der protestantischen Denominationen zusammen.

ein ebenso guter Engländer ist, wie das Mitglied irgend einer anderen nicht konformistischen Kirche. (Der verstorbene Kardinal Hinsley trug übrigens viel dazu bei, durch den Geist eines bestimmten und mutigen Patriotismus, zu dem er sich während der Kriegsjahre bekannt hatte, die nationale Achtung der katholischen Kirche zu heben.) Diese allgemeine Toleranz lässt sich auch noch aus der Tatsache erklären, dass die grosse Mehrheit der englischen Bevölkerung überhaupt keinen bestimmten religiösen Glauben mehr hat und einem allgemeinen Indifferentismus verfallen ist.

Das Jugendproblem.

Aus dieser Atmosphäre einer allgemeinen Gleichgültigkeit erwachsen allerdings der katholischen Kirche wieder neue Probleme. Es geht zunächst um die katholische Jugend, deren Rettung das erste Problem darstellt. Ein grosser Teil dieser Jugend erliegt der heidnischen Atmosphäre, die sie nach Verlassen der Elementarschule umgibt. Ein zweites Problem bedeutet die religiöse Beeinflussung der Nation. Hinsichtlich der Jugendfrage zeigt die Erfahrung, dass jene Knaben und Mädchen, welche nach der Primarschule eine gut katholische Erziehung erhalten haben, der Religion im allgemeinen die Treue halten. Es lässt sich feststellen, dass verhältnismässig wenige Buben, die in Benediktiner- oder Jesuitenkollegien erzogen wurden, von ihrer Religion abgefallen sind. Andererseits verfallen jene Buben meist religiöser Gleichgültigkeit, die religiöse Erziehung nur in der Elementarschule genossen haben, nach der Schulentlassung jedoch irgend eine Arbeit übernehmen mussten. Gewiss haben hier auch die Eltern ihren Schuldanteil. Aber ein schwerwiegender Grund ist wohl auch der, dass die Buben gerade in jenem kritischen Alter in eine heidnische Atmosphäre geworfen werden, in dem sie dem verhänglichen Einfluss einer zum Grossteil heidnischen Gesellschaft noch nicht gewachsen sind. Deshalb ist der Schreiber dieser Zeilen der Auffassung, die Schulentlassung sollte um einige Jahre verschoben werden. Es müsste ferner nach Abschluss der Primarschule eine weitere Sekundar-Erziehung eingeführt werden. Damit würde der katholischen Jugend zweifellos ein grosser Dienst erwiesen.

Dies alles natürlich unter der Voraussetzung, dass die verantwortlichen katholischen Persönlichkeiten in der Lage sind, die katholische Erziehung ihrer Kinder zu verteidigen und, wenn möglich, um eine genügende Zahl von katholischen Sekundarschulen besorgt zu sein, die den Forderungen der Regierung entsprechen.

So könnte der katholischen Jugend ein viel tieferes und umfassenderes Wissen über ihren Glauben vermittelt werden, als dies in der Elementarschule geschehen kann. Es sollte dadurch auch möglich werden, die Kinder mit der katholischen Soziallehre vertraut zu machen. Neben den Schulen wird die Schaffung von Jugendorganisationen immer noch von unerlässlicher Notwendigkeit sein, um dadurch in der katholischen Jugend ein Gefühl der gegenseitigen Solidarität zu wecken. Dies ist um so unerlässlicher, als die Katholiken in England eine kleine Minderheit darstellen und das Pfarreleben vor allem im Süden nicht besonders kraftvoll und geeint ist. Seit geraumer Zeit besteht bereits die Vereinigung katholischer Pfadfinder. Eine Gründung verhältnismässig neuerer Zeit ist die Y. C. W. (Young Christian Workers), eine Organisation, die ungefähr der französischen J. O. C. (Jeunesse ouvrière catholique) entspricht. Sie will aktive und verantwortungsbewusste

Katholiken heranbilden und zeitigte in den Fabriken schon schöne Erfolge.

Die «Schwert-des-Geistes»-Bewegung

Hinsichtlich der zweiten Frage, wie der Geist der Nation am besten zu beeinflussen wäre, ist man sich darüber klar, dass jener Kontroverse nicht mehr die gleiche Wichtigkeit beizumessen ist, die sich nur auf Punkte bezieht, in denen sich Protestanten und Katholiken unterscheiden, eine Kontroverse, wie sie etwa im letzten Jahrhundert gepflegt worden ist. Freilich gilt noch heute, wie im letzten Jahrhundert, dass anglikanische Weihen ungültig sind. Aber es bedeutete Zeit- und Energieverlust, wollte man über Dinge disputieren, um die sich die grosse Mehrheit der Engländer überhaupt nicht mehr kümmert. Viel drängendere Fragen stehen zur Diskussion, wie die Existenz Gottes, die Allgemeingültigkeit des Sittengesetzes usw. Es ist unerlässlich, dass möglichst viele Katholiken intellektuell geschult und ausgebildet werden, um mit der nötigen Sachkenntnis auf diese Fragen Rede und Antwort stehen zu können. Es genügt nicht, dass eine kleine Zahl katholischer Laien in öffentlichen Vorlesungen der «Evidence Guild» über die christlichen Fundamentalwahrheiten reden. Jeder Katholik, sei er nun in der Fabrik oder im Militär, muss in der Lage sein, ein wohldurchdachtes Wort der Verteidigung oder der Erklärung über das natürliche Sittengesetz im allgemeinen und über die christlichen Wahrheiten im besonderen zu sprechen. Die allgemeine Indifferenz gegenüber der Kirche oder jeglicher anderer Form organisierter Religion bedeutet nicht, dass Fragen religiöser oder sittlicher Art nur selten zur Diskussion stehen. Die katholische Apologie wird sich deshalb vor allem auf die fundamentalen Fragen von Religion und Moral verlegen müssen, wenn sie beabsichtigt, die Gesellschaft zu beeinflussen, welche einer stets wachsenden Gottlosigkeit verfällt.

Die Tatsache, dass England nur noch dem Namen nach ein religiöses Land ist, brachte eine interessante Entwicklung im religiösen Leben der Nation in Gang. Hinsichtlich der Dogmen, wie z. B. der Unfehlbarkeit des Papstes, sind Katholiken und Protestanten offensichtlich verschiedener Ansicht. Einig sind sie sich jedoch vor allem in der Ueberzeugung, dass es einen Gott und ein natürliches Sittengesetz gibt. So entstand unter Kardinal Hinsley während des Krieges eine Bewegung, die auf den gemeinsam anerkannten Wahrheiten gründet und unter dem Namen «Schwert des Geistes» bekannt ist. Katholische Priester, anglikanischer Klerus und Angehörige nicht-konformistischer Gruppen finden sich hier auf einem gemeinsamen Boden; um miteinander die Wahrheiten zu durchdringen, zu vertiefen und zu verteidigen. Es ist verständlich, dass die Hierarchie Vorsicht walten lässt und darauf bedacht ist, dass solche gemeinsame Aussprachen nicht den Eindruck erwecken, katholischerseits sei man zur Einsicht gekommen, es gelte jede Religion so viel wie die andere — ein Grundsatz von leider sehr vielen Engländern. Nachdem jedoch die nötigen Vorsichtsmassnahmen getroffen sind, werden gemeinsame Versammlungen nur gute Früchte zeitigen können. Sind sie doch geeignet, Vorurteile zu beheben, wo immer solche unter Nichtkatholiken noch lebendig sind, und vor allem werden sie die Aufmerksamkeit der Nichtchristen auf sich lenken. Die Bewegung wurde vom Hl. Stuhl gutgeheissen und begrüsst. Der Schreiber dieser Zeilen ist auf Grund persönlicher Erfahrungen überzeugt, dass

durch diese Vereinigung viel erreicht werden kann für ein gutes Einvernehmen zwischen Katholiken und Protestanten.

Weltanschauung und religiöse Fortbildung

Wir haben schon davon gesprochen, dass unter den Katholiken ein tieferes Verlangen lebendig sein sollte, die Lehre und die Grundlage ihrer Religion tiefer zu erfassen und zu durchdringen, vor allem angesichts der Tatsache, dass die Erziehung auf religiös-weltanschaulichem Gebiet Schritt halten sollte mit der stets sich entwickelnden Erziehung und Ausbildung auf anderen Gebieten. — Um dem Verlangen nach religiös-weltanschaulicher Fortbildung zu entsprechen, wurden von der «Newman Association» (Association of Catholic University Graduates) an verschiedenen Zentren Kurse organisiert. So finden z. B. in London Vorlesungen statt über die verschiedenen Zweige scholastischer Philosophie, über die Geschichte der Philosophie und dogmatische Theologie. Einige dieser Kurse konnten in den Stundenplan der University of London Extension Scheme eingegliedert werden, eine Bewilligung, die den Katholiken vom Erziehungsministerium erteilt worden ist. Ferner wurde von der Universität für die Dauer des Kurses eine Bibliothek zur Verfügung gestellt. — Ein weiteres Beispiel, aus dem ersichtlich wird, wie man um die religiös-weltanschauliche Weiterbildung der Jugend besorgt ist, stellt das Institut der Schwestern von Grayshotte (Surrey) dar. Dasselbst versammeln sich auf das Wochenende Studentinnen, halten Studien-Zirkel, hören Vorlesungen über Philosophie, Apologetik und dogmatische Theologie und besitzen die Möglichkeit zu Diskussion und Fragestellung. Weiter würde ein Versuch zur Gründung eines Volkskollegiums unternommen, eine Idee, wie sie schon in Dänemark und Schweden verwirklicht worden ist. An diesen Kollegien ist Gelegenheit geboten, für einige Monate ein katholisch-liturgisches Leben zu führen, und Vorlesungen zu hören über liturgische, theologische und biblische Fragen. Dieser Plan, der vor ungefähr anderthalb Jahren gefasst worden ist, konnte noch nicht voll verwirklicht werden. In ange-deutetem Sinn wurden aber bereits zwei Sommerschulen durchgeführt. In gleichem Zusammenhang dürfen auch die zwei Sommerschulen von Cambridge nicht übergangen werden, die durch den Krieg einen Unterbruch erfahren haben und an denen von führenden katholischen Persönlichkeiten Theologie- und Bibel-Vorlesungen gehalten wurden. Zu erwähnen ist noch die «Catholic Social Guild», deren verschiedene Zweige sich mit dem Studium der kirchlichen Soziallehre beschäftigen und nach geeigneten Wegen für deren praktische Verwirklichung forschen. — Endlich wurden während des Krieges Kurse für männliche und weibliche Angehörige der Armee organisiert, eine Arbeit,

die vor allem unter der Royal Air Force reiche Erfolge zeitigte. Man hofft, diese sogenannten «Führerkurse» fortsetzen zu können.

Die Frage einer katholischen Universität ist erst neulich wieder aufgeworfen worden. Die Diskussion drehte sich zunächst darum, ob das Bedürfnis nach einer solchen Institution überhaupt vorhanden sei. Unter den gegenwärtigen Umständen ist es den Studenten möglich, am intellektuellen Leben und am Leben der nationalen Kultur vollen Anteil zu nehmen, und auch für ihre religiösen Bedürfnisse ist reichlich gesorgt, so dass die Neugründung einer katholischen Universität nur wünschenswert erscheint, wenn ihr intellektuelles Niveau wirklich sehr hoch steht. Näherliegend schiene die Schaffung eines Lehrstuhles für katholische Theologie an einer bereits bestehenden Universität. Möglicherweise liesse sich auch eine Institution schaffen ähnlich dem «Institut Catholique» in Paris. — Es fiel auch der Vorschlag, die katholischen Kollegien zur Heranbildung von Lehrern zum Kern einer neuen katholischen Universität zu machen. — Ein weiteres Eingehen auf diese schwere und komplizierte Frage ist jedoch im Rahmen dieses Artikels nicht möglich.

Vielversprechend für das künftige religiöse Leben Katholisch-Englands ist die Exerzitienbewegung. Die Gesellschaft Jesu unterhält z. B. vier Exerzitienhäuser in Grossbritannien einzig für Männer. Eine grosse Zahl von Arbeitern aus den Fabriken und Schiffswerften findet sich jeweils zu den Wochenendkursen im Exerzitienhaus von Glasgow ein. Der Einfluss dieser Bewegung auf das religiöse Leben des englischen Katholizismus kann kaum überschätzt werden, ist sie ja nicht nur ein geeignetes Mittel, das geistliche Leben des Einzelnen zu vertiefen und zu entfalten, sondern auch eine Schule des Apostolates, in der Männer wie Frauen mit apostolischem Geist erfüllt werden, und die Kraft erlangen, für Gott wirklich wertvolle Arbeit zu leisten, in der Fabrik, auf dem Bureau, in der Schule und wo immer es sei. Nicht weniger fruchtbar als die Arbeiterexerzitien waren Exerzitienkurse für Angehörige der Armee. Natürlich wird nur ein kleiner Teil der Mannschaften erfasst, aber die wenigen sind doch wieder Sauer-teig für alle.

* * *

Wenn die katholische Kirche Englands auf die vergangenen Jahrhunderte zurückblickt, auf den Leidensweg, den sie gehen musste, so sieht sie heute ihre Mühen und Sorgen reichlich belohnt. Aus der kleinen, verfolgten Gemeinschaft ist eine Kirche geworden, die die Achtung des Volkes geniesst und auf allen Gebieten segensreich wirken kann. Wenn sie auch immer noch die «kleine Herde» ist, kraft ihrer inneren Geschlossenheit wird sie doch inmitten der Zersplitterung der andern Konfessionen ein immer bedeutenderer Faktor im religiösen Leben Englands.

Ex urbe et orbe

Nürnberg — Wende zu einem neuen Recht?

Nach zehnmonatigen Verhandlungen hat der Internationale Gerichtshof in Nürnberg am 1. Oktober die Strafurteile über die Hauptangeklagten der nationalsozialistischen Bewegung verkündet. Der Präsident des Militärtribunals, Sir Geoffrey Lawrence, gab zwölf Todesurteile, sieben Gefängnisstrafen und drei Freisprüche bekannt.

Als Anklagepunkte wurden angeführt: 1. Verschwörung ge-

gen den Frieden. 2. Verbrechen gegen den Frieden und Vorbereitungen zu einem Angriffskrieg. 3. Kriegsverbrechen, die im Widerspruch zu der Haager- und Genfer-Konvention stehen. 4. Verbrechen gegen die Menschheit.

Die vier angeführten Anklagepunkte offenbaren uns den Rechtsgrundsatz, an dem die Taten der Machthaber des Dritten Reiches gemessen und verurteilt wurden. Es wird gesagt: Die nationalsozialistischen Machthaber haben es am Willen zur Menschlichkeit und an der Respektierung der allge-

meinen Menschenrechte fehlen lassen. Die gleiche Auffassung lag schon den Ausführungen zugrunde, die der Hauptankläger der Vereinigten Staaten, Jackson, vor Beginn des Nürnberger Prozesses gegenüber Truman machte. Er vertrat die Ansicht: «Diese das Gewissen unseres Volkes verletzenden Handlungen waren nach den in allen Kulturländern gemeinhin geltenden Wertmassstäben verbrecherisch, und wir können meines Erachtens an die Bestrafung der dafür Verantwortlichen gehen, durchaus im Einklang mit unserer eigenen Tradition von Recht und Billigkeit, wie auch mit den international angenommenen Begriffen gerechten Verhaltens. Was wir vorschlagen, ist die Bestrafung von Handlungen, die seit den Tagen Kains als Verbrechen gelten und in den Gesetzbüchern aller Kulturvölker als solche bezeichnet werden.»

«Aus diesen Worten», so schreibt der österreichische Landesgerichtsrat Dr. B. Schimetschek in der kulturpolitischen Wochenschrift «Die Furche» am 28. September 1946, «spricht die Tradition des abendländischen Naturrechtsgedankens.» Es ist die Tradition der antik-christlichen Weltanschauung, an dem Westeuropa praktisch bis heute unablässig festgehalten hat, von der sich aber die nationalsozialistische Ideologie und Machtpolitik bewusst abgekehrt hatte. Die Ansätze zu der verhängnisvollen Abkehr gehen zwar weiter zurück als die Anfänge der nationalsozialistischen Bewegung. Auf dem Gebiete der Rechtslehre hatte die von Savigny, dem Begründer der Rechtshistorischen Schule, verkündete Lehre vom «Volksgeist», wonach das «Gewissen des Volkes» als letzte Quelle des Rechtes zu gelten habe, vorgearbeitet. Der Nationalsozialismus hatte die Vergottung des Volkes ins Masslose gesteigert, die eigene Volksgemeinschaft «als das Höchste auf Erden», als «Glaube und Religion» aufgefasst. So wurde «alles, was dem Volke nützt», zu Recht, während die fundamentalen, allgemein anerkannten Menschenrechte mit Füßen getreten wurden.

Gegen eine solche Umwertung aller Werte stützt sich das Urteil von Nürnberg wieder auf das traditionelle naturrechtliche Gedankengut der abendländischen Welt, für das die Besten gestritten haben im Kampf gegen den Nationalsozialismus. Präsident Roosevelt betonte immer wieder, es gehe «um die Erweckung alter und kostbarer moralischer Werte», die jahrhundertlang fast überall auf der Erde gegolten haben. Die Atlantik-Charta gründete auf der ausdrücklichen Anerkennung der Menschenrechte. Man wollte «die Wahrheit des Satzes retten, dass alle Menschen vor Gott gleich sind» in dem Bewusstsein und in der Ueberzeugung, dass die Geschichte Rechenschaft fordern wird «für das Leben und Glück aller — auch der Geringsten» (Roosevelt).

Die Härte des heutigen Schicksals führt uns notgedrungen wieder zurück zur alten Auffassung des Naturrechtes, das über allen Wandel der Zeit erhaben ist und das der Schöpfer in die Menschennatur unauslöschbar geschrieben hat. Im Rechtsempfinden der modernen Demokratien bedeutet die bewusste Rückkehr zum Naturrecht einen Fortschritt, den wir mit allen Mitteln festhalten müssen. Es sollte nie mehr in Vergessenheit geraten, dass der Rechtspositivismus, wonach alles Recht lediglich auf Setzung durch staatliche Gewalt beruht, ob denn sein Inhalt mit der sittlichen Ordnung in Einklang steht oder nicht, uns in eine Gesetzlosigkeit und Willkür geführt hat, die die ganze Kulturwelt erschütterte und starke Staaten in den Abgrund riss. Es ist auch sehr zu erwarten, dass an den Hochschulen und Universitäten, wo bis auf den heutigen Tag zum eist rein positivistische Lehren vorgetragen werden, eine Rückbesinnung einsetzt auf das Naturrecht. Damit würde der Boden bereitet für die Wiederkehr des metaphysischen Naturrechtes, wie ein Plato, ein Aristoteles, ein Augustinus, ein Thomas von Aquin, ein Leibniz es aufgefasst haben, wo Recht und Gerechtigkeit nach absoluten Werten geschieden werden.

Recht und Macht im Nürnberger Urteil.

Ein Anklagepunkt von Nürnberg verdient noch besonderer Beachtung, die Anklage wegen «der Verbrechen gegen den Frieden». Der Nürnberger Korrespondent der Neuen Zürcher Zeitung schreibt darüber (NZZ, 7. Oktober, Morgenblatt): «Der Nürnberger Prozess hätte mehrere Monate abgekürzt werden können, wenn auf die Anklage wegen der Verbrechen gegen den Frieden verzichtet worden wäre... In der angelsächsischen

Welt hofft man, in Nürnberg einen Präzedenzfall aufgestellt zu haben, der künftig die Politiker von leichtsinnigen Abenteuern abschrecken werde. Die Absicht ist bestechend; aber — meint der Korrespondent — sie lässt sich nur verwirklichen, sofern das Recht auf der Seite des Erfolges ist. Diejenigen, die meinen, dass der Nürnberger Prozess dem Völkerrecht eine heilsame Wendung gebe, sind notwendigerweise des Glauben, dass das Gute (und wir könnten hinzufügen das Gerechte) in dieser Welt ausschliesslich obsiege. Damit betrifft man aber schwankenden Boden. Gerade der zweite Weltkrieg hat gezeigt, dass in der Geschichte manchmal die Macht die Gerechtigkeit unterdrückt. Die Sowjetunion war in Nürnberg im Gerichtshof und in der Anklagebehörde vertreten, obschon sie im Herbst 1939 mit den Angeklagten zusammen Polen aufteilte und im Winter darauf Finnland überfiel.» Auch der Engländer Dr. Dean Inge ist der Ansicht, wenigstens eine der Mächte, die in Nürnberg die Anklage vertreten, müsste von Rechtswegen selber auf der Anklagebank und nicht auf dem Richterstuhl sitzen. Und er sagt von Engländern und Amerikanern, auch sie hätten sich dadurch schuldig gemacht, dass sie mindestens hunderttausend Nichtkämpfer ermordet hätten.

Das eine geben alle zu: Die Richter des internationalen Militärtribunals waren hervorragende Juristen, Männer, die sich nicht von politischen Leidenschaften beherrschen, sondern einzig von rechtlichen Erwägungen leiten liessen. Es ist nicht ein Rachegericht. Sonst hätte es nicht über 400 Gerichtssitzungen gebraucht und die drei Freisprüche wären unverständlich. Ebenso anerkennen alle die Richtigkeit der Erkenntnis, dass es Verbrechen gegen den Frieden gibt, durch die ein Politiker schuldig werden kann, und kaum einer wird bestreiten, dass die Verurteilten hierin schuldig geworden sind. Ihre Verurteilung wird aber auch für alle Zukunft eine Warnung an die verantwortlichen Staatsmänner sein. Dennoch ist in der Tat nicht zu verhehlen, dass ein Gericht über Kriegsverbrecher nie alle Schuldigen erfassen wird, es werden gewöhnlich nur die Unterliegenden auf der Anklagebank sitzen. Eine restlose Lösung des Problems Macht und Recht werden wir im Völkerleben darum nicht erwarten dürfen. Diese Feststellung, die uns die Erfahrung aufzwingt, weist jeden, der an den Sinn der Welt und an den Sieg des Guten und Gerechten glaubt, mit unwiderstehlicher Logik dorthin, wo alle Geschichte einmal zum Abschluss kommt, und wo über diese Welt hinaus Mensch und Völker gerichtet werden von dem, der allein Herz und Nieren durchforscht und dessen «Gerichte gerecht sind und wahr» (Off. 16, 7).

Saat eines neuen Krieges?

Die «streitbare» Friedenskonferenz der 21 Siegernationen im historischen Schlosse Luxembourg schliesst am 15. Oktober nach wochenlangen heftigen Debatten und endlosen Diskussionen die Tore, ohne der Welt den erhofften Frieden geschenkt zu haben. Das wissen auch die Friedensmacher von Paris. Einer der Teilnehmer stellte jüngst mit Besorgnis fest: «Wir haben den Krieg gewonnen, aber wir laufen Gefahr, den Frieden zu verlieren.» Man hat wohl nach vielen Kompromissen die Friedensverträge mit den fünf Besiegten: Italien, Bulgarien, Ungarn, Rumänien und Finnland unter Dach gebracht. Aber wichtigste Fragen, wie das deutsche Problem, das doch als grosse Unbekannte des neuen Europas und des kommenden Friedens allgegenwärtig ist, standen gar nicht zur Diskussion. Und selbst bei verhältnismässig unwichtigen Fragen mussten die kämpfenden Grossen und die schauenden Kleinen mit Sorge sehen, wie die Gegensätze sich versteiften und wie neue Konflikte heraufzuziehen drohten.

In einer wichtigen aussenpolitischen Rede erklärte denn auch der amerikanische Staatssekretär Byrnes vor dem amerikanischen Club: er müsse davor warnen, dass man heute bereits die Saat für einen künftigen Krieg ausstreue. Er richte einen Appell an die Welt, nicht nur den Krieg, sondern auch die Ursachen des Krieges zu ächten. «Wohl glaube ich», führte er aus, «dass kein verantwortlicher Staatsmann irgendeiner Regierung den Krieg wünscht. Die Welt hat genug vom Krieg. Die Schwierigkeit besteht aber darin, dass die Nationen, wenn auch keine von ihnen den Krieg wünscht, möglicherweise eine Politik verfolgen, die zu einem Krieg führt. Die Nationen trachten vielleicht nach wirtschaftlichen oder politischen Vorteilen, die sie nur durch

Krieg erringen können... Wir müssen die grösste Sorgfalt anwenden, damit wir nicht heute schon die Saat eines neuen Krieges säen... Wir müssen die Sache der Gerechtigkeit und der Freiheit, nicht die politischen und wirtschaftlichen Rechte einiger weniger privilegierter Menschen und Nationen verteidigen. Wir müssen die Rechte aller Menschen und aller Nationen wahren.»

Das ist wohl die grosse Schwäche der Friedenskonferenz: die geistigen Kräfte des Friedens waren bei diesen Verhandlungen fast ausgeschaltet. Massgebend war nur die Weltpolitik, die nach einem Wort des russischen Vertreters Wyschinski ihre «eigenen Gesetze und Regeln» hat, d. h. konkret, ihre Macht in die Waagschale wirft. Zu oft haben die im Hintergrund spürbaren machtpolitischen Tendenzen über die Gebote der Moral und des Verstandes gesiegt — man sprach schon wieder von Sicherheit und Einflussphären. Darum wird der Friede aber auch nicht ungeteilt sein. Denn machtpolitische Verträge werden nicht selten von heute auf morgen wie Spreu verweht. Der unverdächtige Kündler des kategorischen Imperativs, Immanuel Kant, schrieb 1795 im Anhang seiner Abhandlung «Zum ewigen Frieden» den Satz: «Die wahre Politik kann keinen Schritt tun, ohne vorher der Moral gehuldigt

zu haben. Das Recht der Menschen muss heilig gehalten werden, der herrschenden Gewalt mag es auch noch so grosse Opfer kosten. Man kann hier nicht halbieren und das Mittelding zwischen Recht und Nutzen aussinnen, sondern alle Politik muss ihre Knie vor dem ersten beugen.»

Nur Recht und Gerechtigkeit, die jedem Volk seinen sicheren Ausgang in die Zukunft, seine Luft, sein Licht, sein Stück Erde und seinen Himmel gibt, sind das Fundament eines wahren und dauernden Friedens. Nur so werden Sieger und Besiegter sich wieder finden in der Völkergemeinschaft. Das ist aber die Malaise der heutigen Friedenspolitik, dass diese moralische Haltung oft fehlt. Bevor die Mächtigen sich aber nicht hierin gefunden haben, wird die Hoffnung auf dauernden Frieden gering sein. Die Drohung mit der Atomrüstung, die Byrnes in seiner Stuttgarter Rede ausgesprochen hat, kann nur solange ein Friedensinstrument sein, als der andere diese Waffe nicht in der Hand hat. Wenn er sie aber einmal besitzt — und viele glauben, dass es heute schon der Fall ist —, dann bedarf es doppelt einer andern Sicherung und die kann nur sein: Gott und sein unbeugsames Gesetz. Darum steht, gewollt oder ungewollt, im Mittelpunkt alles Müehens um den Frieden das Gottesproblem.

Umschau

Die Welt verteidigt Stepinac.

Der Schauprozess in Zagreb gegen Erzbischof Dr. Alojzija Stepinac beschäftigt die ganze Weltöffentlichkeit. Die von Moskau unabhängige Presse nimmt eindeutig Stellung gegen das Kaiphasurteil des politischen Gerichtshofes, «der das Urteil schon gefällt hatte, bevor der Prozess begonnen». Im Urteil der Welt sind die Richter und das dahinterstehende Regime die Angeklagten und Verurteilten, Stepinac aber erscheint als der mutige Verteidiger der Rechte der Kirche und des Volkes gegen die kommunistische Diktatur Titos. Hören wir kurz einige nicht-katholische Pressestimmen: Die «Neue Zürcher Zeitung» schreibt in der Mittagsausgabe vom 9. Oktober 1946 (Nr. 1808):

«Die plötzliche Verhaftung des Erzbischofs... wurde gewiss nicht in Zagreb, sondern von den Spitzen des Regimes beschlossen, weil Marschall Tito auf Grund der äusseren und inneren Lage endlich den Zeitpunkt für gekommen sah, zu einem entscheidenden Schlag gegen den Katholizismus auszuholen, der nur auf dem Umweg über die Beseitigung des Erzbischofs geführt werden konnte... Der Kirchenfürst muss sich... wegen 'Kollaboration' verantworten... Wenn er (Stepinac) auch zugab, unter dem Regime der Ustaschi vielleicht einige Fehler begangen zu haben, so kann gegen ihn, der vielen Angehörigen anderer Rassen und Konfessionen geholfen hat, doch niemals der Vorwurf einer Zusammenarbeit mit den Deutschen erhoben werden, als deren Gegenspieler er die katholischen und kroatischen Interessen verteidigt hat.»

Ko. führt in einem Leitartikel der «Nationalzeitung» (10. Oktober, Morgenblatt, Nr. 466) aus:

«Je mehr nach Ausschaltung der politischen Oppositionsparteien alle geistige Widerstandsenergie gegenüber der Unterdrückung der persönlichen Freiheit nur noch in der Kirche Zuflucht und Rückhalt fand, musste die Feindschaft gegen diesen Selbständigkeitsherd sich verschärfen. Denn jedes Zwangssystem ist seinem Wesen nach unersättlich und muss allen von ihm nicht beherrschten Willensraum naturgemäss als tödliche Gefahr empfinden.»

Wenn «der Erzbischof im Prozess auf sämtliche Anklagepunkte, die seine angebliche Zusammenarbeit mit der Ustaschidiktatur... und den Achsenmächten betrafen, die Aussage verweigert, um in einem grossen Schlussvotum den ganzen Prozess als Verfolgungsakt gegen die Kirche zu brandmarken und deren Widerstand gegen den Kommunismus zu rechtfertigen», so konnte er «sich das leisten, weil er sich seine unbestrittene Autorität im Volke gerade unter der fremden Besetzung durch seinen mutigen Widerstand gegen den Rassenwahn und die Herrenvolksansprüche der Deutschen, die er auch auf der Kanzel offen angriff, erworben hatte. Mit demselben stolzen Unabhängigkeitssinn, den er den Okkupationsmächten gegenüber bewiesen hat, trat er im Prozess dem Gerichtshof und dem Staatsanwalt entgegen, nicht als Angeklagter, sondern als Ankläger,

der das neue Regime offen des Priestermordes bezichtigte... Mit einer unbeugsamen Haltung vor Gericht hat der Erzbischof offenbar ganz bewusst ein Märtyrerschicksal... ruhig in Rechnung gestellt. Der Anklagevertreter hat in seiner haltlosen Erregung ihm diesen Vorwurf auch offen entgegengeschleudert und ihn beschuldigt, er wolle sich als Christus vor Pilatus aufspielen. Aber der Vergleich mit dem kühlen und skeptischen Landpfleger der Bibel will auf die fanatische Gereiztheit der Kläger und Richter von Zagreb nicht recht passen, und wenn sich schliesslich der rabiate Staatsvertreter in so wilde Beschimpfungen hininsteigert, wie die Behauptung, der Erzbischof «wünsche dem kroatischen Volk ein Messer in den Rücken zu stossen», oder gar, er sei der schlimmste Feind der Kirche und des kroatischen Volkes, so fällt das schon mehr aus dem Rahmen geschichtlicher Parallelen, und es handelt sich eher um das ewige Schauspiel der geistigen Hilflosigkeit plumper Macht gegenüber geistiger Würde.»

Angesichts der vorliegenden Tatsachen und ihrer eindeutigen Hintergründe erklärt Ko. klipp und klar: «Schon die Anlage des ganzen Prozesses, der mit der Verhaftung des Kirchenfürsten am Altar begann, liess keinen Zweifel darüber, dass das Regime es auf eine grundsätzliche Herausforderung einen Hauptschlag, gegen die Kirche, abgesehen hatte, deren Einfluss auf das Volk in der unbestrittenen nationalen und moralischen Autorität des Erzbischofs sich verkörpert. Der überlegenen würdigen Haltung des Angeklagten im Prozess ist es dann vollends gelungen, in den Wutausbrüchen des Anklagevertreters den angestauten wilden Hass in der obersten Machthaberschicht gegen die ihr unheimliche und ungreifbare geistige Gegenkraft wirksam zu enthüllen.»

Die «Tat» bringt unter dem 13. Oktober (Nr. 281), auf der ersten Seite das Echo auf das Urteil über Erzbischof Stepinac. In ausgezeichneter, treffender Weise nimmt sie dann selber Stellung zum Urteilspruch:

«Es wirkt auffallend, wenn heute, im Zeitalter... des Massenhaften in vielerlei Form, ein einzelnes Menschenschicksal plötzlich heraustritt und die Welt beschäftigt. Das ist der Fall mit dem Erzbischof von Agram, Stepinac. Seine Verurteilung durch den obersten Gerichtshof Kroatiens hat überall in der Welt eine starke Bewegung ausgelöst. Das Rechtsgefühl ist durch das Urteil verletzt worden, aber zugleich auch meldet sich Angst vor dem harten Walten einer politisch-totalitären Rechtsprechung, bei welcher «Recht ist, was dem Volke (scheinbar) nützt». Dass das Opfer in diesem Fall ein Priester der katholischen Kirche ist, macht den ganzen Fall noch symbolischer: in Stepinac wurde doch nicht bloss ein Einzelner, sondern ein Repräsentant getroffen. Ein Kampf zwischen Staat und Kirche, der unser Zeitalter kennzeichnet, geht da nur halbverborgen weiter. Die weit über tausendjährige Kirche hat das zwölfjährige Tausendjährige Hitlers überlebt. Aber aufgehört hat der Kampf um sie nicht. Der Fall Stepinac schwächt sie nicht. Im Gegenteil.»

Auch die Regierungen von England und Amerika beschäftigen sich mit dem Prozess. Der Sprecher des Foreign Office gibt bekannt, die britische Regierung habe ihre Botschaft in Belgrad um die Zustellung des gesamten Aktenmaterials über den Prozess gegen Erzbischof Stepinac ersucht. Er fügte hinzu, die englische Botschaft habe einen offiziellen Beobachter am Prozess gehabt. (United Press, NZZ Nr. 1841.)

An einer Pressekonferenz wies der amerikanische stellvertretende Staatssekretär Dean Acheson darauf hin, «dass die amerikanische Regierung seit langem über die Einschränkung der bürgerlichen Freiheit in Jugoslawien besorgt sei. Das Urteil, über das man in Washington noch keine offizielle Mitteilung besitze, beweiße klar, dass es in Jugoslawien keine Religionsfreiheit gebe. Auf die Frage eines Journalisten, warum sich Amerika schon wieder in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einmische, was ihm gegenwärtig so oft zum Vorwurf gemacht werde, entgegnete Dean Acheson: „Weil die Vereinigten Staaten die Satzung von San Francisco mitunterschieden haben, in der die bürgerlichen Freiheitsrechte als Faktoren von grundlegender Bedeutung anerkannt werden.“»

Aus all diesen Berichten geht hervor, dass die nichtkommunistische Welt weiss, dass es sich nicht nur um einen Streitfall zwischen der kommunistischen Regierung und der Person des Erzbischofs handelt und dass das Urteil von Zagreb ein Terrorurteil ist. Man sieht ganz genau: Es ist der Zusammenstoss zweier Weltanschauungen, des militanten Kommunismus, der in Tito einen der wichtigsten Exponenten auf dem Balkan gefunden hat, und dem Katholizismus, dessen tapferster Vorkämpfer und mutigster Verteidiger der Primas von Jugoslawien, Erzbischof Dr. Stepinac ist; es ist die Auseinandersetzung zwischen dem totalitären Beherrschungswillen eines rücksichtslosen Partei- und Polizeiregimes, das sich dazu noch «Demokratie» nennt, und der geistigen Macht und Freiheitsauffassung des Christentums.

Dokumente aus dem Jahre 1943.

Wie haltlos die Anschuldigungen gegen Erzbischof Stepinac wegen angeblicher Zwangskonversionen sind, zeigen einige Texte aus Predigten und offiziellen Protesten, die wir nicht erst heute ausgraben, sondern schon 1943 in den Apologetischen Blättern gebracht haben. Aus unserer damaligen Karwochennummer, die unter dem Titel «incipit lamentatio» erschienen ist (Nr. 8, 20. April 1943, S. 96), geben wir hier folgende Stelle wieder:

«In Kroatien selbst musste der Erzbischof von Zagreb, Dr. Stepinac, als Präsident der bischöflichen Konferenzen, mehrfach «energische Proteste an die kroatische Regierung» richten wegen Verfolgung der Juden, Serben, Zigeuner und aller, die aus Rassen- und Religionsgründen verfolgt wurden.» «Das Palais des Erzbischofs», so schreibt ein Bericht, «ist der einzige Zufluchtsort für alle Verfolgten. In etwa 10 Predigten nahm er scharf Stellung gegen den Rassismus, gegen die Hinrichtung Unschuldiger und die verübten Grausamkeiten. 250 aus Grossdeutschland vertriebene slowenische Priester nahm er auf und gab ihnen in seiner Diözese eine Anstellung.»

Doch damit sind die Leiden dieses urkatholischen Landes noch lange nicht erschöpft: Aus politischen Gründen hatte 1941 die kroatische Regierung, hinter der ein verschwindend kleiner Teil des Volkes steht, eine Verordnung erlassen, wonach alle Orthodoxen zum Katholizismus übertreten sollten. Mitte November 1941 erklärte der gesamte kroatische Episkopat unter dem Vorsitz des Erzbischofs von Zagreb:

a) In die katholische Kirche dürften nur jene aufgenommen werden, die sich freiwillig meldeten. Diese seien vorher in der katholischen Religion zu unterrichten und nur jene, bei denen sorgfältige Prüfung zeige, dass die Konversion aus Ueberzeugung verlangt werde, seien schliesslich zuzulassen.

b) Jede weltliche Einmischung in religiöse Fragen müsse er grundsätzlich ablehnen; daher verbiete er, irgend etwas, was früher Eigentum der Orthodoxen Kirche war, wie: Grundstücke, Gebäude usw., den katholischen Pfarreien einzuverleiben.

c) Einige — Gott sei Dank nur seltene — katholische Priester, die gegen die Anordnungen der Bischöfe in dieser Frage (durch Schrift und Wort) vorgingen, wurden von den kirchlichen Behörden zur Verantwortung gezogen und einige auch suspendiert.

Heute hat sich infolge dieser mutigen Haltung der Bischöfe das Blatt zu ihrem Nachteil gewendet. Man hat eine staatlich protegierte kroatische orthodoxe Kirche gegründet und sie gegenüber der katholischen Kirche (zu der mehr als 10 % der Bevölkerung gehört) mit besonderen Privilegien ausgestattet.»

Auszüge aus Predigten des Erzbischofs Stepinac enthalten ferner die Nummern: 12 (S. 142—144), 15 (S. 176—178), 16 (S. 187—189) des Jahrganges 1943.

«Kreuzzug» für Deutschland — Ein mutiges Bischofswort

Im April 1945 wurde in Frankreich eine Bewegung ins Leben gerufen, die im Dienste des Gebetsapostolates steht und sich das Gebet für Deutschland zur besonderen Aufgabe gemacht hat. Die Bewegung trägt den Namen «Pax Christi» und schuf sich um Ostern ein eigenes kleines Blatt mit dem gleichnamigen Titel. Sie umfasst heute weit über 100,000 Mitglieder und erstreckt sich namentlich über Frankreich, Nordafrika, England, Belgien und die Schweiz. Der Geist, welcher diese Gemeinschaft belebt und leitet, erhellt aus einem Schreiben, das Msgr. Théas, Bischof von Montauban, in dem Blatt «Pax Christi» veröffentlicht hat:

«Pax Christi besteht nun bereits seit zwölf Monaten, die eine Zeit voll segensreichen Wirkens darstellen.

Immer weitere Kreise Frankreichs und auch des Auslandes hörten von unserem Gebetskreuzzug, und unser Bitten wurde mehr und mehr zum machtvollen Hilferuf einer grossen Gemeinschaft.

Mit wachsender Glut wollen wir beten und unser Eifer möge das Heer der Beter und Beterinnen immer grösser werden lassen.

Frankreich hat heute in Deutschland eine Sendung zu erfüllen. Die Besetzung Deutschlands sollte der Umerziehung des deutschen Volkes dienen.

Ist jedoch Frankreich in Wahrheit eine Erzieherin? Erfüllt es seine Erzieherpflicht vor allem durch ein gutes Beispiel? Erzieht Frankreich durch seinen kulturellen Einfluss? Erzieht es durch sein christliches Denken über Mensch, Freiheit und Welt? Oder etwa durch das Ausstrahlen religiösen Gedankengutes und durch katholische Tat?

Vernimmt Frankreich aus der schweren Verantwortung, Erzieherin zu sein, den Ruf zu eigener Besserung und Selbstvervollkommnung? Zieht es Nutzen aus dem guten Beispiel, das ihm seine Feinde von gestern heute geben? Lernt es von ihnen die Liebe zur Arbeit, die Disziplin, die Liebe zu liturgischem Leben und Beten?

Begnügt sich Frankreich nicht damit, in Deutschland nur den gefährlichen Nachbar zu sehen, dem die Möglichkeit zu jeder weiteren Untat genommen werden muss...? Sieht Frankreich in Deutschland auch ein ‚Bruchstück‘, das aus dem Ganzen der Christenheit herausgebrochen wurde, dem es aber nun gilt, seine ursprüngliche Bestimmung und Aufgabe wieder zu geben?»

Schon in einem früheren Schreiben stellte der Bischof an Frankreich die ernste Gewissenfrage: «Ist das nationalsozialistische Heidentum nicht auch in unser Land eingedrungen? Wie behandelt man bei uns die deutschen Kriegsgefangenen? Wie benehmen sich die französischen Besatzungstruppen in Deutschland? Ist ihre Haltung nicht allzu oft unmenschlich, barbarisch und ausschweifend?»

Das sind mutige Worte. Wir müssen bedenken, es gibt heute noch in Frankreich eine einflussreiche radikale Richtung der Résistance, die jede Milde gegenüber dem Besiegten auf die gleiche Stufe wie die Zusammenarbeit mit der Vichyregierung stellt. Aber aus christlicher Verantwortung heraus fühlen sich die «Ritter» des neuen Kreuzzuges verpflichtet, den Geist der Versöhnung unter die entzweiten Völker zu tragen: Sie wollen wieder eine Brücke bauen gerade zum deutschen Nachbarvolk, mit dem Frankreich doch zusammenarbeiten muss, soll Europa wieder auferstehen.

Abonnementspreise:

Schweiz

jährlich Fr. 8.60, halbjährlich Fr. 4.40, vierteljährlich Fr. 2.30

Oesterreich

Halbjährlich S. 6, vierteljährlich S. 3.20.

Einzahlung an: Herrn Himmel, Exerzitenhaus, Feldkirch.